

Der GesundheitsPolitische Brief fällt in den alljährlichen Sommermodus und erscheint bis Anfang September jeweils als Doppelausgabe alle zwei Wochen. Die nächste Ausgabe erreicht Sie also am **Montag, 24. Juli 2017**.

Editorial – Thema der Woche

Montag , 10. Juli 2017

Mit dem Wahlprogramm der Union liegt nun auch die letzte parteipolitische Positionierung zur Bundestagswahl vor. Zumindest im Bereich Gesundheit gibt es dabei keine Sensationen zu vermelden: Gesundheitspolitik wird mit Sicherheit im Wahlkampf nur unter „ferner liefen“ vorkommen. Kein Wunder, denn echte Probleme gibt es nicht zu vermelden, und die Bereiche mit strukturellem Regelungsbedarf sind erfahrungsgemäß zu kompliziert, um damit bei den Wählern wirklich punkten zu können.

Die vielzitierte Bürgerversicherung wird zwar stets zu Wahlzeiten wieder aus der Versenkung geholt, denn mit der gefühlten Ungerechtigkeit zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung lässt sich allemal noch der eine oder andere Stich machen, doch kann die PKV sich recht beruhigt zurücklehnen: Die Sache kann wirklich nur unter einer Konstellation von Rot/Rot/Grün gefährlich für sie werden – und danach sieht es ja im Moment nicht aus. Spannender, aber bei der SPD durch die Vermengung mit den Bürgerversicherungsideen etwas vermauschelt, ist die Frage nach der Wiederherstellung der echten paritätischen Finanzierung. Es sieht aber keineswegs so aus, als ob hier ein gefühlter oder echter Aufschrei durchs Land ginge, der nach Antwort sucht. Eine private Umfrage im durchaus gesundheitspolitisch aufmerksamen Bekanntenkreis führte letzte Woche zu dem Befund, dass tatsächlich niemand wusste, welchen individuellen Zusatzbeitrag die jeweilige Kasse im Moment erhebt. Da ist der Weg noch weit, bevor das Volk deswegen auf die Barrikaden geht.

Potentiell weichenstellend hätte ein Konsens in allen Lagern zur Angleichung der Honorare zwischen den gesetzlichen und privaten Honorarsystemen werden können. Hiervon findet sich allerdings im Programm der Union nichts mehr (Ärzte und PKV mögen der CSU danken, denn die Eckpunkte der CDU hatten diesen Aspekt noch erwähnt). Vollmundig „garantiert“(!) die Union stattdessen „eine gute ärztliche Versorgung im ländlichen Raum“. Ich halte es jedoch für unwahrscheinlich, dass damit angeregt werden soll, den Sicherstellungsauftrag von der jeweiligen regionalen KV auf den entsprechenden CDU-Ortsverband zu übertragen. Verwunderlich ist vielmehr, dass die Union von dieser Garantie unmittelbar auf das Versandhandelsverbot für verschreibungspflichtige Arzneimittel zu sprechen kommt. Ging es nicht gerade ausdrücklich um „ärztliche Versorgung“ und droht vielleicht hier die Revolution (nach dem Motto: Apotheken übernehmen ärztliche Versorgung im ländlichen Raum)? Wahrscheinlich auch das eher ein Trugschluss und von der wackeren Unions-Redaktion nur eine etwas allzu sportliche Verkürzung im Wahlprogramm.

Und auch sonst nichts Neues: Digitalisierung natürlich allerorten, Krankenhausfinanzierung als Dauerbrenner, und manchmal scheint ein bisschen die Diskussion um den Morbi-RSA am Horizont der Papiere auf. Wenig, interessanterweise, von einer Reform der Selbstverwaltung. Das hätte ja, nach den Ereignissen der letzten Wochen nicht ganz fern gelegen. Hier aber scheint es an Ideen zu mangeln, die einem später nicht als Schwarzer Peter auf die Füße fallen könnten. Und überhaupt: Was will das Wahlvolk mit solchen Petitessen. Also: Sie können beruhigt in den Sommerurlaub fahren. In der großen Gesundheitspolitik brennt nichts an und über die kleine informiert Sie – wie immer aus Spanien – bis zum Ende der Sommerpause der GesundheitsPolitische Brief im Zweiwochen-Rhythmus. Ob am Meer, in den Bergen oder auf Balkonien: Lassen Sie sich's wohlgehen!